

Stendal (Altmark): Auf die Verkehrsleitschilder hat es der Hochschulcampus noch nicht geschafft



Hof-Florie-Wittenberg

RESONANZBEDINGUNGEN VON HOCHSCHULEN UND MITTELSTÄDTEN

PEER PASTERNAK

Rund ein Drittel der deutschen Hochschulen hat seinen Sitz in Mittelstädten. Zwei Fünftel der Größeren Mittelstädte und fünf Prozent der Kleineren Mittelstädte verfügen über eine Hochschule. Eine Hochschule zu haben, gilt grundsätzlich als städtischer Vorteil. Es ergeben sich Anwesenheitseffekte, das allerdings sind passive Wirkungen. Unzufriedenheiten bestehen häufig bei den nahräumlichen Wirkungen der Hochschulen als Resultate einer aktiven wechselseitigen Einflussnahme von Hochschule und Stadt. Wie lassen sich unter gegebenen Resonanzbedingungen wechselseitige Resonanzen erzeugen?

KLAGEN UND ZAHLEN

Nimmt man die öffentlichen Verlautbarungen über das Verhältnis einer Mittelstadt und der ortsansässigen Hochschule, dann ist dieses Verhältnis typischerweise nicht nur harmonisch, sondern hat auch wechselseitig ausgesprochen vorteilhafte Effekte. So beschreibt etwa der Bürgermeister Senftenbergs (Brandenburg) mit dem Pragmatismus des kommunalen Machers die Vorteile, eine Hochschule zu haben, in fünf Punkten: Hochschule als Bildungsschmiede, als stabiler Arbeitgeber und Leistungsnachfrager, als Partner der Wirtschaft („verlängerte Forschungsbank“), als Imagefaktor für die Region und als Partner der regionalen Gebietskörperschaften (Fredrich 2012).

Aber es gibt, schaut man genau hin, auch korrigierende Anzeichen: Mittelstädte klagen mitunter darüber, dass sich aus der Hochschule am Ort gar nicht so viele Effekte ergäben. Die Lehrenden wohnen großteils nicht am Ort. Die Studierenden seien überwiegend Fahrstudenten. Die Ansprechbarkeit der Hochschule für lokale Anliegen erweise sich immer wieder als recht hochschwellig. Stadtentwicklungseffekte seien kaum messbar.

Fragt man umgekehrt die Hochschulen, so heißt es häufig: Wir tun, was wir können – Kinderuni, Seniorenuni, Tag der offenen Tür, Zugangsmöglichkeiten für Wirtschaftspartner zu hochschulischen Anlagen und Geräten usw. Aber wenn wir ein Anliegen bei der Kommunalverwaltung haben, treffen wir auf Schwerfälligkeit. Die zeitlichen Planungshorizonte seien andere. Die lokale Wirtschaft biete nicht genügend Praktikumsplätze an. Schulen müssten zu gemeinsamen Projekttagen mit der Hochschule überredet werden.

Im Stadtentwicklungskonzept käme die Hochschule nur mit Allgemeinplätzen vor. Das Stadtmarketing nenne die Hochschule in einer Reihe mit Stadtbibliothek, Volkshochschule und Heimatstube (Ausführlicher und m.N. Hechler et al. 2018).

Den Kontrast dazu wiederum bilden Mittelstädte, die über die Abwesenheit einer Hochschule klagen: Ja, wenn wir eine Hochschule hätten, dann wäre die Stadt lebendiger, der Leerstand geringer, die Bildungskette für unsere jungen Leute nach oben offener, das Beschäftigungsangebot größer, die Dienstleistungsnachfrage umfangreicher, der Zugriff auf Wissensressourcen für die ansässige Wirtschaft und die Verwaltung einfacher, das Stadtimage besser.

Die Mittelstädte mit Hochschule sind durchaus privilegiert, denn sie bilden die Minderheit:

- 77 der 240 staatlichen Hochschulen in Deutschland haben ihren Sitz in Mittel-, ausnahmsweise auch in Kleinstädten. 68 sind es in Mittelstädten.
- Zwei Fünftel der Größeren Mittelstädte und fünf Prozent der Kleineren Mittelstädte verfügen über eine Hochschule.
- Mehrheitlich sind das Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (50), aber auch 18 Universitäten; der Rest sind künstlerische und Pädagogische Hochschulen.
- Bezieht man Nebenstandorte der Hochschulen ein, so kommt man auf 115 Mittelstädte mit Hochschulcampus. Damit ist fast jede zweite Größere Mittelstadt und jede achte Kleinere Mittelstadt Hochschulstandort (HRK 2018, StatÄBL 2018, 2018a; eigene Berechnungen).

Städtisch, aber nicht großstädtisch – dies ist insofern für ein Drittel der deutschen Hochschulen ein Charakteristikum ihrer Umweltbedingungen. Wie aber steht es um die wechselseitigen Resonanzbedingungen von Hochschulen und Mittelstädten?

RESONANZBEDINGUNGEN

Zunächst verfügen Städte gegenüber den Hochschulen über faktisch keine Steuerungsmechanismen und umgekehrt. Beide sind lediglich lose gekoppelt, und strukturelle Kopplungen ergeben sich – meist punktuell, weil temporär – allenfalls im Zusammenhang des Flächenmanagements. Kommunale Selbstverwaltung und Hochschulautonomie sind zwar je für sich leistungsfähige Konzepte. Doch wo sie aufeinandertreffen, dort schützen sie auch vor Ansprüchen der jeweils anderen Seite.

Mittelstädte halten meist kaum die städtische Infrastruktur vor und verfügen auch höchstens ansatzweise über das kulturelle Angebot, die in den meisten wissenschaftlichen Stadtkonzepten als unverzichtbar für wissenschaftsgesellschaftlich basierte Stadtentwicklung gelten. Die Dichte ortsansässiger wissensintensiver Akteure und Institutionen ist vergleichsweise gering. Wenn, dann gibt es eher kleinere Hochschulen und daher häufig keine sehr hohe Studierendenzahl.

So haben zwar 28 Prozent der staatlichen Hochschulen ihren Sitz in Mittelstädten (und Teilstandorte eingerechnet, sind 37 Prozent der Hochschulstandorte in Mittelstädten platziert), doch sind an mittelstädtischen Hochschulen nur 19 Prozent aller Studierenden eingeschrieben (Tabelle 1).

Die hochschulinduzierte wissensintensive Dienstleistungsnachfrage ist gedämpft, ebenso das derartige Gründungsgeschehen. Außeruniversitäre Forschung wird eher durch ausstellungsvorbereitende Arbeiten des örtlichen Naturkunde- oder Stadtmuseums repräsentiert als durch Max-Planck-Institute. Die meist klein- und mittelständisch geprägte Unternehmenslandschaft ist häufig nur eingeschränkt in der Lage, vorhandenes Wissen zu erschließen. Verdichtungen von Hochtechnologieunternehmen kommen lediglich ausnahmsweise – vornehmlich in Süddeutschland – vor. Dementsprechend verhält es sich auch mit dem Konzentrationsgrad an FuE-intensiver oder anderweitiger Hochqualifikationsbeschäftigung.

Die Informations- und Medienwirtschaft beschränkt sich vornehmlich auf lokale bzw. regionale Bedürfnisbefriedigung. Das kulturelle Leben wird eher durch ein traditionalbildungsbürgerliches Milieu dominiert als durch innovationsgeneigte Avantgardisten. Letztere fänden zwar in den häufig abwanderungsgeprägten Mittelstädten Frei- und Erprobungsräume vor, wie sie in Großstädten nur noch vereinzelt zu finden sind. Dennoch sind kreative Raumpioniere in Mittelstädten nur selten anzutreffen.

Mit abnehmender Einwohnerzahl von Städten fallen die Ausprägungsgrade von Heterogenität, Diversität, Toleranz, Dichte und Offenheit tendenziell ab. Damit verbunden sinkt die Wahrscheinlichkeit, auf Unbekanntes, Unerwartetes, Ungleiches und Unfertiges – die Basis noch nicht gedachter und ausprobiertener Alternativoptionen

Tabelle 1: Verteilung staatlicher Hochschulen und Studierender nach Stadtgrößen

Stadtkategorie	Hochschulen		Studierende	
	ausschließlich Hauptsitze	incl. Teilstandorte	insgesamt	Durchschnitt
Große Großstädte	69	70	854.000	12.200
Kleinere Großstädte	94	108	1.154.000	11.000
Große Mittelstädte	44	59	338.000	6.300
Kleine Mittelstädte	24	56	146.000	3.400
Kleinstädte	9	19	40.000	2.400
Summe	240	312	2.532.000	

Quellen: HRK (2018), eigene Berechnungen, gerundet, eigene Darstellung

– zu treffen. Es sinkt folglich die Innovationswahrscheinlichkeit, soweit sie vorrangig auf Milieueffekten gründet. Damit besteht ein Nachteil gegenüber Großstädten und Metropolen – und nichtmetropolitane Orte werden auch nicht dadurch zu ihrem Gegenteil, dass man sie zum Bestandteil von „Metropolregionen“ erklärt.

Immerhin aber: Auf jeden Fall wirken die Hochschulen an ihren Sitzorten durch schlichte Anwesenheitseffekte prägend – durch bauliche Präsenz im Stadtraum, Belebung der Lokalität (und Lokalitäten), kulturelle Heterogenisierung durch das studentische Milieu, ggf. auch in Dissonanz mit der angestammten Bevölkerung, Konsum und Mietzahlungen der Hochschulangehörigen, Dienstleistungsnachfrage der Hochschule, Einkommenssteuerzahlungen der Hochschulbeschäftigten (15 Prozent verbleiben bei der Wohnortgemeinde). Das allerdings sind passive Wirkungen. Nicht überall ergeben sich nähräumliche Wirkungen als Resultat einer aktiven wechselseitigen Einflussnahme von Hochschule und Stadt.

WECHSELSEITIGE RESONANZERZEUGUNG

Was lassen sich unter den geschilderten Resonanzbedingungen wechselseitige Resonanzen erzeugen? Da sich Städte und Hochschulen nicht durch klassische Steuerung aufeinander beziehen lassen, kommen alternativ nur zwei Optionen infrage: Man kann entweder allein auf spontane Selbstorganisation vertrauen (und warten). Oder man findet Wege jenseits von klassischer Steuerung im Sinne punktgenauen Eingriffshandelns. Für die zweite Option kommt eine geschmeidige Governance-Gestaltung infrage, d.h. ein „Management von Interdependenzen“ (Benz 2006: 17) durch Strukturen und Prozesse der Handlungskoordination zwischen Akteuren (Scharpf 2000).

 ***Dort, wo hochschulische und städtische Akteure wechselseitig ihre Potenziale erschließen wollen, folgen sie dann auch dem Konzept der Kontextsteuerung – meist ohne dies so zu reflektieren.***

In der einschlägigen Forschung sind sowohl Stadt- als auch Hochschulentwicklung als besonders planungsresistente Handlungsfelder herausgearbeitet worden. Zwei solcher Felder zu synchronisieren, stellt eine Herausforderung dar. Zum einen sind eigensinnige Handlungsrationaltäten in Rechnung zu stellen: wissenschaftlich-professionell (Hochschule) vs. rational-bürokratisch (Stadtverwaltung) vs. sprunghaft-fragmentiert (Stadtgesellschaft). Zum anderen sind wissensbezogene Such- und Findeprozeduren grundsätzlich nicht planbar, und Gelegenheiten der Kooperation werden genutzt oder auch nicht. Daher können Anstrengungen, ein produktives Kooperationsverhältnis zwischen Stadt und Hochschulen zu generieren, nicht auf Automatismen setzen. Vielmehr müssen zunächst konsensual Schnittmengen identifiziert werden. Zu planen und gestalten sind dann Arrangements und Kontexte, welche die Wahrscheinlichkeit von Kontakten, Kopplungen und letztendlich Kooperationen erhöhen.

Dort, wo hochschulische und städtische Akteure wechselseitig ihre Potenziale erschließen wollen, folgen sie dann auch dem Konzept der Kontextsteuerung – meist ohne dies so zu reflektieren. Hier lässt sich eine Reihe von Instrumenten identifizieren, die mittlerweile regelmäßig eingesetzt werden, wenn eine Governance lokaler Wissenskooperationen gestaltet werden soll. Neben Kooperationsverträgen und regelmäßigen Treffen auf Leitungsebene sind das Lenkungsausschüsse, Netzwerke mit Koordi-

nationsstellen, jährlich aktualisierte Maßnahmenpläne sowie verpflichtende Berichterstattungen an das Stadtparlament. Diese Instrumente zielen darauf, Kommunikationen zu strukturieren und auf Dauer zu stellen. Eine zusammenfassende Inaugenscheinnahme der Funktionsweise dieser Instrumente gelangt zu folgenden Bewertungen:

- Kooperationsverträge sind Rahmung. Für sich genommen bewirken sie in der Regel nichts. Sie entfalten Wirkung zumeist nur, wenn sie der institutionellen Absicherung bereits existierender Zusammenarbeit auf der Mikroebene dienen, nicht aber deren Ausgangspunkt bilden.
- Regelmäßige Treffen auf Leitungsebene – (Ober)Bürgermeisterin und Rektor – hängen von der Vorbereitung durch Stäbe und substanzieller Untersetzung ab, etwa durch Maßnahmenpläne.
- Gemeinsame Lenkungsausschüsse funktionieren am ehesten da, wo (und wenn) sie die zentralen Kooperationsinteressenten vereinen.
- Netzwerke funktionieren nur dann, wenn sie stabil und erreichbar sind. Ohne ein dauerhaft ansprechbares Netzwerkmanagement fehlen Verantwortlichkeiten und besteht das Risiko, dass Kontakte nicht zustande kommen, weil Reaktionen zu lange auf sich warten lassen oder gar unterbleiben. Wenn aber organisatorisch unzureichend durchdacht, kann Netzwerkbildung mit Hilfe eigens dazu eingerichteter Stellen auch in Kooperationsbürokratie ausarten.

- Jährlich aktualisierte Maßnahmenpläne zeichnen sich häufig dadurch aus, dass die Aktualisierung zum größten Teil im Kopieren des Vorjahresplanes in eine neue Datei besteht. Positiv ließe sich sagen: Die Absichten haben erfolgreich ihre Geltung verteidigen können.

- Verpflichtende Berichterstattungen an das jeweilige Stadtparlament über die Zusammenarbeit mit der örtlichen Hochschule erzeugen Druck auf die Verwaltung (nicht aber die Hochschulen), etwas Vorzeigbares berichten zu können, also zuvor etwas zu unternehmen.

Kooperationen entstehen jedenfalls nicht dadurch und werden stabilisiert, dass sie z.B. in Kooperationsverträge oder Zielvereinbarungen geschrieben werden. Sie lassen sich vielmehr etablieren und verstetigen, weil und wenn es (a) ein gemeinsames fachliches Interesse bei kooperationswilligen Partnern gibt, (b) wechselseitige Resonanzstrukturen vorhanden sind und schließlich (c) das Kooperationsinteresse durch die Finanzierung der Kooperationsbedingten Mehrkosten stabilisiert wird.

Die wechselseitigen Resonanzstrukturen haben einige Voraussetzungen, die meist erst entwickelt werden müssen. Für die beteiligten Wissenschaftler:innen geht es um sog. transdisziplinäre – gemeint ist: transakademische – Kommunikation, also die Übersetzung wissenschaftlichen Wissens in außerwissenschaftliche Anwendungskontexte. Anders gesagt geht es um die Beantwortung der Frage: Wie lässt sich empirisches und Erklärungswissen (was passiert und warum?) transformieren in Handlungs- und Beratungswissen (was und wie kann es getan werden)? Hier sind einige Kommunikationsfallen zu umrunden:

 **Wie lässt sich empirisches und Erklärungswissen transformieren in Handlungs- und Beratungswissen?**

Wissenschaftler sind es gewohnt, den Aspekt der Wahrheitsfähigkeit von Aussagen und nicht ihre Praxisrelevanz in den Vordergrund zu rücken. Dagegen erwarten Akteure der Praxis anwendungsrelevante Informationen und transferfähige Konzepte, und die allgemeine Öffentlichkeit muss mit einem Wissen angesprochen werden, das zu Botschaften verdichtet und zugespitzt ist. Der Informationsfluss ist daher durch wissenschaftskommunikative Übersetzungsleistungen zu gestalten.

Übersetzungen jeglicher Art wiederum sind nie völlig verlustfrei zu haben. Es kann zu Sinnverschiebungen, Neudeutungen und Rekontextualisierungen kommen (was zugleich auch Gewinne sein können). Allerdings liegt die alternative Option zum Transfer mit Übersetzungsverlusten nicht im Transfer ohne Übersetzungsverluste – sondern wäre der Nichttransfer des Wissens, das dann zwar vor der ‚Verschmutzung‘ durch Praxiserfordernisse gerettet wurde, aber so auch nichts zur Entwicklung der Praxis beitragen kann.

Es besteht in der Regel eine zeitliche Entkopplung zwischen Wissen und Wissensbedarfen: Kommunale Praktiker benötigen Wissen nicht deshalb, weil es gerade angeboten wird, sondern dann, wenn praktische Probleme zu lösen sind. Das kann vor, während oder nach der Erzeugung des einschlägigen Forschungswissens sein. Hier muss also eine Überbrückung der zeitlichen Entkopplung zwischen Wissensproduktion und praktischen Wissensbedarfen durch zugriffsfähige überzeitliche Wissensspeicherung organisiert werden. Zudem muss es jemanden geben, die sich im entscheidenden Augenblick daran erinnert, dass das nun benötigte Wissen schon

da und wo es gespeichert ist. Der bei den lokalen Adressaten anfallende Nutzen des Informiert-Seins über wissenschaftlich begründetes Wissen muss größer sein als die (zeitlichen) Kosten des Sich-Informierens.

Kommunikation zwischen Hochschulen und lokalen Akteuren ist Schnittstellenkommunikation. Forschungsergebnisse sind nicht immer umstandslos ‚lesbar‘, d.h. durch Praktiker in ihrer Relevanz für konkrete Problemlösungen einzuschätzen. Daher sind Übersetzungsleistungen zwischen unterschiedlichen Rationalitäten zu erbringen: Die Praxis kommuniziert nicht wissenschaftlich, sondern praktisch. Hierfür bedarf es entsprechender Formate, die an die Kommunikationsgewohnheiten der Adressaten anschließen. Denn welche Expertise sie zu welchem Zweck nutzen, bestimmen immer die Nachfrager, nie die Anbieter (vgl. Ronge 1996: 137f.).

ERFOLGSFAKTOREN

In Kooperationen zwischen Hochschulen und lokalen Partnern können einige strategische Erfolgsfaktoren eingebaut werden, die sich in zwei Gruppen sortieren lassen: Wechselseitigkeit und Prozessgestaltung. Wechselseitigkeit heißt:

- Elementare inhaltliche Voraussetzung jeglicher Kooperation ist, dass sachbezogene Anknüpfungspunkte zwischen Hochschule und Stadt erstens bestehen und zweitens erkannt werden.
- Um seitens der Hochschule Ideen für die Stadt zu entwickeln, bedarf es eines Problembewusstseins für die lokalen Gegebenheiten.

Ist dieses entwickelt, muss es auf Resonanz in der Stadt treffen. Das heißt: Auch die lokalen Akteure müssen für die Problemlagen und Handlungsbedarfe der eigenen Stadt und die Möglichkeiten, darauf mit Hilfe der Wissenschaft reagieren zu können, sensibilisiert sein.

Die Prozessgestaltung ist ähnlich anspruchsvoll:

- Vereinbarungen über Ziele und Inhalte der Partnerschaft sowie verbindliche Absprachen über zu erbringende Leistungen dürfen nicht allein der operativen Umsetzung überlassen bleiben, sondern stellen strategische Weichenstellungen dar.
- Es bedarf entweder einer Synchronisierung von Zeitvorstellungen und Planungshorizonten der Partner. Oder diese Horizonte sind, wenn



Prof. Dr. Peer Pasternack

ist Sozialwissenschaftler und Zeithistoriker, seit 2004 Forschungsdirektor bzw. Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU). Herausgeber der Zeitschrift „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“. Lehrveranstaltungen am Institut für Soziologie der MLU. Arbeitsschwerpunkte: Hochschulpolitikanalyse, Hochschulorganisation, Bildung und Wissenschaft in regionalen Kontexten, Wissenschaftszeitgeschichte.

nicht zu synchronisieren, dann zu managen, d.h. wechselseitig in Rechnung zu stellen, indem Entscheidungsabläufe Zeitpuffer enthalten.

- Kontinuität ist organisatorisch abzusichern, da sie nicht zwingend im Selbstlauf entsteht und häufig personengebunden ist.
- Dysfunktionalitäten in den Strukturen und Abstimmungen wirken als Kooperationskiller, sind also zu vermeiden. Das betrifft etwa Überbeanspruchungen oder Konformitätsdruck, der dem Ausprobieren innovativer Ideen entgegensteht.
- Ebenso sind Institutionalisierungen von Kooperationen erfolgversprechender, wenn Kooperationsbürokratie vermieden wird.
- Die interne Dezentralität der Hochschule – Fachbereiche und Professuren – und der Durchführung lokal relevanter Hochschulaktivitäten sollte als Potenzial und Motivationsressource anerkannt werden. Eine künstliche Zentralisierung stadtbezogener Aktivitäten bei der Hochschulleitung würde ohnehin an administrative Grenzen stoßen, aber Rektorat bzw. Präsidium und Zentrale Verwaltung sollten Unterstützungswünsche bedienen.
- Abgesichert sein muss die Dezentralität auch durch die Etablierung definitiver Ansprechpartner für Wissenschaftsthemen auf Seiten der Stadt, Netzwerkstrukturen in der Stadt, zentral bereitgestellte Formate der Wissenschaftskommunikation, ggf. einen strategischen Entwicklungsplan – bei dem dann zugleich mit Abweichungen zu rechnen ist – und möglichst auch Absicherungen über formale Stadtratsbeschlüsse.
- Jede Initiative ist vor allem dann gefährdet, wenn die Kooperationskosten die (prognostizierten) Kooperationsgewinne übersteigen. -



Jede Initiative ist vor allem dann gefährdet, wenn die Kooperationskosten die Kooperationsgewinne übersteigen.

Literatur:

Benz, Arthur (2006): Politik im Mehrebenensystem, Wiesbaden.

Fredrich, Andreas (2012): Mehr als ein Jungbrunnen. Was eine Hochschule für eine Region bedeutet, in: perspektive21 – Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik H. 53, S. 61–65.

Hechler, Daniel/Peer Pasternack/Steffen Zierold (2018): Wissenschaften der Nichtmetropolen. Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten, unt. Mitw. v. Uwe Grelak und Justus Henke, Berlin.

HRK, Hochschulrektorenkonferenz (2018): Hochschulkompass online. Liste der Hochschulen, http://www.hs-kompass2.de/kompass/xml/download/hs_liste.txt (19.7.2018).

Ronge, Volker (1996): Politikberatung im Licht der Erkenntnisse soziologischer Verwendungsforschung, in: Annette Vogel/Heine Alemann (Hg.), Soziologische Beratung. Praxisfelder und Perspektiven, Opladen, S. 135–144.

Scharpf, Fritz W. (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen.

StatÄBL, Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018): Gemeindeverzeichnis online, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/GVAuszugQ/AuszugGV2QAktuell.xlsx?_blob=publicationFile (19.7.2018).

StatÄBL, Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018a): Städte in Deutschland nach Fläche und Bevölkerung auf Grundlage des ZENSUS 2011 und Bevölkerungsdichte online, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Aktuell/05Staedte.xlsx?_blob=publicationFile (20.7.2018).

März/April 2020

RaumPlanung

Fachzeitschrift für räumliche Planung und Forschung



Die Zukunft des Wohnens

Weitere Themen:
Dirigistischer Eingriff oder Eigentumsverkürzung
Stadtklimatische Effekte urbaner Grünflächen
Eine Stadterneuerung für große Siedlungen

206 / 2/3-2020

6 598



RaumPlanung 206 / 2/3-2020 Die Zukunft des Wohnens

Aktuell wird die öffentliche Debatte über die Zukunft der Städte intensiv durch das Thema Wohnen geprägt. Schlagworte wie Wohnungsnot und bezahlbarer Wohnraum stehen Forderungen nach der lebenswerten und klimagerechten Stadt, gemischten Quartieren und Flächen sparen gegenüber, der Landflucht stehen Trends des neuen Wohnens auf dem Land gegenüber. Zum Zeitpunkt der Herausgabe dieser Ausgabe liegt ein Jahrzehnt hinter uns, in dem die Zahl der Baufertigstellungen von Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in Deutschland zugenommen hat. Gleichzeitig sind im Kontext des Wohnens gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimawandel, Globalisierung, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit deutlicher in das Blickfeld geraten

Jahresabonnement 91 € (inkl. Versandkosten),
Einzelpreis 19 € (zzgl. Versandkosten), 6 Ausgaben
pro Jahr

Informationskreis für Raumplanung (IfR) e.V.
Gutenbergstraße 34, 44139 Dortmund
Tel. 0231 7595-70, info@ifr-ev.de, www.ifr-ev.de